71. Jahrgang. № 506

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 27. Oktober 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. Oktober 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahlung

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42. Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden. Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Restaurant Stadt Gotha
Dresdens altberühmte Gaststätte
Feinste Küche — Vollwertige Biere:
Münchner Mathäser-Bräu, Dortmunder Union
Ernst Kögel jun.

Washingtoner Verstimmung gegen Berlin.

Besorgnisse vor einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas.

Der Fememord Brauer vor dem Landsberger Schwurgericht. — Ein Franzose als deutscher Spion in Paris verhaftet.

„Das undankbare Deutschland."

London, 27. Okt. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" bringt heute eine Meldung über eine angebliche **Verstimmung der Washingtoner Regierung über die deutsche Politik der letzten Wochen.** Er führt u. a. aus, daß gewisse Erklärungen Stresemanns in den vergangenen Wochen in Kreisen der amerikanischen Regierung Ueberraschung und Unwillen erregt hätten, die bald auf die amerikanische Oeffentlichkeit übergreifen können. Der Gedanke, daß die französische Räumung des Rheinlandes von Amerika bezahlt werden könnte, sei ziemlich ablehnend aufgenommen worden. Der Plan eines deutsch-französischen Stahlkartells sei nach amerikanischer Auffassung dazu bestimmt gewesen, die amerikanischen Stahlinteressenten zu schädigen. **Die zahlreichen Aeußerungen des deutschen Außenministers zugunsten einer Art paneuropäischer Einigkeit in wirtschaftlicher Beziehung und die Veröffentlichung des sogenannten Bankier-Manifestes habe die Unzufriedenheit Washingtons auf den Gipfelpunkt getrieben.**

Die Andeutungen Berlins für eine internationale Konferenz zur Herabsetzung der amerikanischen Schuldenabmachungen (?) hätten zum mindesten ebenso sehr verstimmt, wie die französische Forderung nach einer Abänderung des Mellon-Berenger-Abkommens. Indessen hätten amerikanische Minister keinerlei Furcht vor dem paneuropäischen Gebilde, aber sie seien **erstaunt, daß deutsche Staatsmänner es sich gestatteten, in die Maschen eines Planes verwickelt zu werden, der gegen Amerika gerichtet sei, nachdem Amerika so viel für Deutschland auf dem Gebiete der Diplomatie sowohl, als auch in bezug auf Handelskredite getan habe.** Es sei nicht unmöglich, daß diese Gefühle auf diskrete Art den Leitern der deutschen Politik zur Kenntnis gebracht würden, mit der verschleierten Andeutung, daß es Deutschland sei, das am meisten durch eine solche Politik verlieren würde. (T.U.)

Neue Amerikareise Dr. Schachts?

Berlin, 26. Okt. Das „B. T." läßt sich aus Washington berichten: Reichsbankpräsident Dr. Schacht trage sich mit dem Gedanken, im Januar zu Besprechungen mit dem Gouverneur der Federal Reserve Bank, Benjamin Strong, nach Neuyork zu kommen. Seinem Besuch würde um so größere Bedeutung beizumessen sein, als der Generalagent für die Reparationen auch in diesem Jahre seinen Weihnachtsurlaub in Amerika zu verbringen gedenke, so daß gemeinsame Besprechungen Schachts und des Generalagenten mit dem Gouverneur Strong, dem Finanzminister Mellon und den führenden amerikanischen Finanzleuten stattfinden könnten. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß auch der Gouverneur der Bank von England, Montague Normann, um dieselbe Zeit in Neuyork weilte, da die Entscheidung über das Schuldenabkommen in Paris bald nach Neujahr erwartet wird. Dr. Schacht erklärte allerdings, daß eine neue Amerikareise bisher von ihm nicht in Aussicht genommen sei.

Amerikas fortdauernder Druck auf Frankreich

Paris, 27. Oktober. Wie dem „New York Herald" aus Washington gemeldet wird, ist der amerikanische Botschafter in Paris, Herrick, der im Begriffe steht, auf seinen Posten zurückzukehren, im Besitz von Instruktionen seitens des amerikanischen Präsidenten Coolidge und der Staatssekretäre Mellon und Kellogg über die Finanzlage Frankreichs. **Er soll der französischen Regierung die Versicherung geben, daß Amerika mit Sympathie jede Anstrengung zur Stabilisierung des Franken unterstützen werde. Jedoch wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten sich weder an einer Anleihe beteiligen, noch Kredite garantieren würden, solange die französischen Schulden bei Amerika nicht endgültig konsolidiert sein würden.**

Ein französisch-italienisches Mittelmeerabkommen.

Paris, 27. Okt. Der italienische Botschafter, Baron Avezzana, hatte gestern abend eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister, der besondere Bedeutung beigemessen wird, weil nach italienischen Blättermeldungen Baron Avezzana mit ganz bestimmten Instruktionen nach Paris zurückgekehrt ist. Es dürfte sich vor allem um die Frage eines französisch-italienischen Mittelmeerabkommens, sowie einer Einigung über die Kolonialfrage handeln. (T.-U.)

Die Kämpfe in Syrien.

London, 27. Okt. Die im Bezirk von Damaskus operierenden französischen Truppen stießen, einer „Times"-Meldung aus Beirut zufolge, auf Aufständische, von denen 61 getötet wurden. Bei der Verfolgung verloren sie weitere 29 Mann. Französische Kavallerie nahm ferner eine Bande aufständischer Drusen gefangen. (T. U.)

Bildberichterstattung.

Von Eduard Kenkel, Mitglied des Preußischen Landtages.

Neben dem geschriebenen Wort erhält das Bild in den deutschen Zeitungen und Zeitschriften eine immer wachsende Bedeutung. Das hängt nicht nur mit der Vervollkommnung der Lichtbild- und Drucktechnik zusammen: das Ausland hat uns in den Kriegsjahren gezeigt, wie die Berichterstattung im Bild gewaltigen Einfluß durch die öffentliche Meinung auf die große Politik nimmt. Eine packende und bis ins kleinste auf den Gemütseindruck berechnete Darstellung im Lichtbild kann belehrend und einpeitschend, verhetzend und aufpeitschend wirken, mehr als der beste oder gerissenste politische Leitartikel. Aus dieser Erfahrung entstand im Kriege in Deutschland das Bild- und Filmamt (Bufa), und seitdem ist die bildliche Berichterstattung, täglich oder wöchentlich, in der deutschen Publizistik nicht mehr fortzudenken; der knipsende Journalist tritt gleichwertig an die Seite des stenographierenden und schreibenden. Im Reichsverband der Bildberichterstatter, e. V., Sitz Berlin, haben sich die deutschen Zeitungsmänner mit der Kamera ihre Standesvertretung geschaffen; ihr Syndikus ist Dr. jur. Hanswerner Paetel. Neben den Mitgliedern dieser deutschen Berufsvereinigung gibt es in Deutschland, namentlich in Berlin, auch ausländische Bildberichterstatter. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese Ausländer nicht vorzugsweise die deutschen Belange vertreten und deshalb ist das Verhalten von einigen preußischen Behörden gegen sie um so erstaunlicher.

Die Zuverlässigkeit des Berichterstatters spielt im Zeitungsleben die wichtigste Rolle. In ebenso großem Maße trifft dieses für den Bildberichterstatter zu. Wenn ein Reporter eine (wissentlich oder unwissentlich) falsche Meldung verbreitet, so ist diese innerhalb kurzer Zeit nachprüfbar und zu widerlegen. Gibt aber ein Bildberichterstatter ein „gestelltes" Bild an die Presse, so ist die Widerlegung in den meisten Fällen, besonders wenn das Bild ins Ausland gelangte, sehr schwer. Wer solche „wissentlich" falschen Bilder herstellt oder verbreitet, handelt nicht nur leichtsinnig, sondern auch verbrecherisch, wenn durch deren Veröffentlichung Schaden angestiftet werden kann. Der obengenannte Reichsverband hat es seinen Mitgliedern zur selbstverständlichen, strengen Pflicht gemacht, sich solcher Berichterstattung zu enthalten. Wie denken ihre ausländischen Kollegen darüber?

Vor etwa zwei Jahren richtete die deutsche Botschaft in Washington an die Pressestelle der Reichsregierung das Ersuchen, den Urheber einer beigefügten Photographie zu ermitteln. Das Bild stellte folgende Szene dar: In einem Cafehaus werden ein Herr und eine Dame durch zwei Schupobeamte auf den Besitz fremder Geldsorten (Devisen) untersucht. Der eine Beamte faßt der Dame unter den Rock, in den Strumpf und holt einen Dollarschein heraus. Der andere Polizist faßt nach der Brieftasche des Herrn. Als Text war über dem Bilde zu lesen: „So werden die Fremden in Berlin belästigt." Als Hersteller dieses erlogenen Bildberichts wurde der Inhaber der Photo-Agentur „Continental", Sascha Mila Lewitt, ermittelt; die im Bilde dargestellte Dame war die Mitinhaberin der Agentur. Lewitt wurde daraufhin wegen „das Interesse Deutschlands schädigender Handlungen" ausgewiesen. Verbreitet worden war das Bild in Amerika durch die Keystone View Company, eine englisch-amerikanische Firma. Diese Photographie ist aber nicht der einzige von dieser Firma zum Schaden Deutschlands in die ausländische Presse gebrachte Bildbericht. Wir haben nur ein Musterbeispiel herausgegriffen. Seit einiger Zeit ist die Keystone View Company auch in Berlin vertreten, durch zwei Herren aus Ungarn, und anscheinend mit gutem Erfolg bemüht, sich Eingang in staatliche, städtische und sonstige Behörden und Dienststellen sowie in private Körperschaften und Werke zu verschaffen. Auf der großen Berliner Polizei-Ausstellung z. B. konnte dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, eine wie große Bevorzugung die Ausstellungsleitung der Keystone View Company gegenüber dem Reichsverband der deutschen Bildberichterstatter hatte angedeihen lassen. Eine

Stimmenzersplitterung ist Stimmenverlust!

Es gibt keine Listenverbindung! Zehntausende bürgerlicher Stimmen gehen glatt verloren, wenn man sie den kleinen Splitterparteien gibt!

Wählt die großen Rechtsparteien!

Das Niederlassungsrecht für Deutsche in Polen.

Lebhafte Erörterungen in der polnischen Presse.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau, 27. Oktober. Die gestrigen Blätter nehmen in ausführlichen Artikeln Stellung zu den zwischen Polen und Deutschland geführten Handelsvertragsverhandlungen. Das jungpolnische Organ, die „Epoka", bringt die Nachricht aus Berlin, daß der polnische Vertreter während der Verhandlungen erklärt haben soll, Polen sei bereit, das Niederlassungsrecht für deutsche Handeltreibende und Industrielle zu gewährleisten. Die deutsche Delegation habe sich jedoch mit einer derartigen Fassung nicht einverstanden erklärt und daher **drohe die Gefahr, daß die Verhandlungen wieder einmal auf einen toten Punkt kommen werden, nachdem die polnische Delegation jedes weitere Zugeständnis abgelehnt hat.**

Nach Meinung des rechtsstehenden „Kurjer Narszawski" ist die angeführte Erklärung des polnischen Vertreters beunruhigend und wenig glaubwürdig, während das Organ Korfantys, die „Rzeczpolita" sie als schädlich und vom Gesichtspunkt der polnischen Interessen aus betrachtet, als unzulässig bezeichnet. Die Forderungen stellen nach der kräftigen Ausdrucksweise des christlich-demokratischen Blattes einen neuen Erpressungsversuch dar; sie sollten überhaupt nicht zu Verhandlungen herangezogen werden, da sie nur die planmäßige wirtschaftliche Unterwerfung Polens unter das deutsche Element anstrebten.

Das Blatt widersetzt sich daher den deutschen Forderungen in entschiedenem Tone, indem es seinem bisherigen Standpunkte gemäß die vollständige Ausschaltung sämtlicher politischer Fragen aus dem Bereich der Handelsvertragsverhandlungen und die Erteilung entsprechender Instruktionen an die polnische Delegation von seiten der polnischen Regierung fordert. Die Verhandlungen, schreibt das Blatt, dürften sich ausschließlich im Rahmen der Handelsinteressen bewegen und nur die mit dem Handelsvertrag zusammenhängenden Fragen berühren.

•

Anmerkung des W. T. B.: Man wundert sich also in Polen sogar darüber, wenn man in Deutschland noch andere Interessen kennt, als die der eingetragenen Kaufleute und Fabrikanten. Im übrigen besteht unserer Kenntnis nach eine Abrede, daß Einzelheiten der Verhandlungen vorerst nicht Gegenstand von Pressediskussionen sein sollen.

Deutsche Beschwerdenoten nach Warschau.

Berlin, 27. Okt. Die Reichsregierung hat an die Warschauer Regierung eine Note gerichtet, in der **gegen die unberechtigte Ausweisung von zwei Deutschen, Leiter industrieller Werke in Ostoberschlesien, Einspruch erhoben wird.** Die beiden Direktoren müssen bis zum 1. November das polnische Gebiet verlassen, und sie sollen durch polnische Direktoren in ihren Betrieben ersetzt werden. Da dieser Fall auch mit dem zurzeit verhandelten Niederlassungsrecht in Zusammenhang steht, so ist er auch gegenüber der polnischen Delegation in Berlin zur Sprache gebracht worden, und es ist gleichzeitig auf die schikanöse Behandlung Reichsdeutscher in Ostoberschlesien hingewiesen worden.

Eine weitere ernste polnische Schwierigkeit besteht zurzeit wegen des Liquidationsbeschlusses, der sich gegen 17 Wohltätigkeitsanstalten des Deutschen Frauenvereins in Posen und Pommerellen richtet. Auch hier war die deutsche Regierung gezwungen, in einer Beschwerdenote gegen diese Liquidation Einspruch zu erheben, da es sich nach deutscher Auffassung hier um Eigentum handelt, das wie Kirchengut behandelt werden muß und infolgedessen der Liquidation nicht unterliegt.